(KR/WL)

1. **Arbeitslosengeld II reicht nicht für gesunde Kinderernährung**
   Das Arbeitslosengeld (ALG) II reicht nicht aus, um Kinder und Jugendliche ausgewogen zu ernähren. Zu diesem Schluss kommt das Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) der Universität Bonn in einer umfangreichen Studie. Demnach veranschlagt der Gesetzgeber für Nahrung und Getränke bei 14- bis 18-Jährigen lediglich 3,42 Euro pro Tag. Selbst wer nur beim Discounter kauft, muss jedoch im Schnitt 4,68 Euro täglich hinblättern, um den Appetit eines Teenagers mit ausgewogener Kost zu stillen.
   Quelle: Förderergesellschaft Kinderernährung e. V., Dortmund
2. **Studie über ALG-II-Empfänger: Verarmt, verunsichert, ausgegrenzt und ohne Perspektive**
   Anne Ames ist Sozialwissenschaftlerin und hat im Auftrag des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau eine Fragebogenerhebung bei Arbeitslosengeld-II-Beziehern durchgeführt. Das Fazit der Studie »Ich hab es mir nicht ausgesucht« findet sich unter: zgv.info/hartz/befragung_ergebnis.htm
   Quelle: Junge Welt

   Zitat aus der Zusammenfassung der Studie:

   > Die Frage nach den Einschränkungen oder Verzichten, die für sie am schlimmsten sind, beantworteten viele Befragungsteilnehmer/innen mit dem Hinweis, dass es an allem fehle, also nicht einzelne Entbehrungen hervorgehoben werden könnten. Diejenigen, die doch eine Rangordnung versuchten, haben am häufigsten den Verzicht auf Urlaub, Ausflüge und Erholung genannt. Bereits an zweiter Stelle steht jedoch die Ernährung. Offenbar sparen sich viele Betroffene die Ausgaben für Dinge, die im Regelsatz nicht vorgesehen sind – etwa eine Monatskarte für den Stadtverkehr, das Abonnement einer Tageszeitung, Geburtstags- oder Weihnachtsgeschenke – buchstäblich vom Munde ab.

3. **FOCUS-Altersvorsorge-Tip: Rente verdoppeln**
   Private Altersvorsorge ist wichtiger denn je. Clevere lassen sich großzügig vom Fiskus sponsern und setzen auf staatlich geförderte Produkte.
   Neun von zehn Deutschen glauben, dass die Leistungen der gesetzlichen Rente im

Alter kein gutes Auskommen mehr sichern. Das ergab eine aktuelle repräsentative Umfrage, die der Bundesverband deutscher Banken (BdB) beim Mannheimer Ipos-Institut in Auftrag gegeben hatte. „Privat vorsorgen – öffentlich abkassieren“, mit diesem Slogan wirbt beispielsweise die Versicherung Hannoversche Leben für ihre Riester-Rente.
Quelle 1: Focus
Quelle 2: Hannoversche Leben

Anmerkung von Martin Betzwieser: *Besonders interessant sind die Ausführungen zur Betrieblichen Altersvorsorge. Bis zu 2.520 Euro können im Jahr beitragsfrei umgewandelt werden (4% der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung = 63.000 Euro). Das wird immer als Vorteil dargestellt, da Sozialversicherungsbeiträge gespart werden. Die großen Nachteile werden in solchen Ratgeberartikeln unterschlagen. Jeder beitragsfrei umgewandelte Euro hat zur Folge, dass den Trägern der gesetzlichen Sozialversicherung durchschnittlich 0,40 Euro an Beiträgen verloren gehen, was die finanziellen Engpässe der gesetzlichen Sozialversicherung natürlich verschärft. Jeder beitragsfrei umgewandelte Euro fehlt beim Sozialversicherungsbrutto, welches die Berechnungsgrundlage für Rente und Entgeltersatzleistungen ist. Das heißt im Klartext, dass für jeden beitragsfrei umgewandelten Euro die Höhe der Rente sinkt. Aber die böse Überraschung kann schon viel früher bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit kommen: Das Krankengeld beträgt 70% (Stand 2006) des letzten Brutto–, aber höchstens 90% des Nettoeinkommens, wobei auch die Einmalzahlungen in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt werden. Die Höhe des Arbeitslosengeldes 1 beträgt 60% bzw. 67% des pauschalierten Nettoentgeltes; unter anderer Berechnung trifft das auch für Kurzarbeitergeld zu. Das heißt im Klartext, dass jeder beitragsfrei umgewandelte Euro entsprechend weniger Krankengeld bzw. Arbeitslosengeld I bedeutet.*

4. **In Deutschland wird wieder länger gearbeitet**
   Die Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten wieder länger. Um durchschnittlich fast eine Stunde (0,8 Stunden) ist die wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten zwischen 2003 und 2006 gestiegen, zeigt eine aktuelle Eurostat-Statistik.
   Mit 41,8 Stunden liegt sie nun im Mittelfeld der europäischen Mitgliedsländer, wo der Durchschnittswert 41,9 Stunden beträgt. “Nirgendwo in Europa ist die Wende zu längeren Arbeitszeiten so kräftig ausgeprägt wie in Deutschland”, so Arbeitszeitforscher Dr, Hartmut Seifert.
   Quelle: WSI

5. **Häuser für Falschgeld**
   USA: Banken pleite, Fonds geplatzt, Börsen verunsichert. Finanzkapital und Staat versuchen fieberhaft, einen Crash am Immobilienmarkt zu verhindern.
   Quelle: Junge Welt
6. **Fluggastdaten-Abkommen: „Unzulässig und unnütz"**
   Datenschützer Alexander Dix rät von Reisen in die USA ab. Denn seit dieser Woche müssen die Airlines Daten Reisender vorab an US-Behörden weitergeben.
   Quelle: TAZ
7. **Kritik am Ausschluss**
   Deutschland unterzeichnete die Behindertenkonvention – und sperrt 86 Prozent besondere Kinder aus Regelschulen aus.
   Quelle: TAZ
8. **2,5 Millionen Euro im Durchschnitt erhielten die Hochschulen von privaten Spendern**
   Cornelia Kliment, Vorsitzende des Deutschen Fundraising Verbandes, glaubt, dass der gordische Knoten beim Fundraising im Bildungsbereich gelöst sei: „Also, einmal ist es im Gegensatz zu den amerikanischen Spenden nicht so, dass es einfach in ein großes Vermögen einfließt, sondern in der Regel in eine Stiftung und aus den Stiftungserträgen wird die Unifinanzierung teilgewährleistet. Und in Deutschland ist es auch so, nehmen wir mal das Beispiel der Jacobs-Spende, dass der Spender ganz genau darauf guckt, wie soll die Universität der Zukunft nach seinen Vorstellungen aussehen. Oder die Spende von Kühne & Nagel an die Hamburger Universität, oder die Kassel-Spende jetzt, die 33 Millionen. Die führt dazu, dass der Spender, der will nichts zurück, aber der will ganz genau wissen, was mit seinem Geld gemacht wird und wofür die Hochschule nach seinen Vorstellungen es verwendet."
   Quelle: DLF

   Anmerkung: *Also einerseits sind 2,5 Millionen gemessen an staatlichen Zuschüssen in dreistelliger Millionenhöhe ein Tropfen auf den heißen Stein. Andererseits kann man für die erhellende Aussage, dass der Spender genau darauf guckt, wie die Universität in Zukunft nach seinen Vorstellungen aussehen soll, nur dankbar sein. Mit einem minimalen Einsatz steuern also die privaten Spender die überwiegend von Steuergeldern bezahlten Hochschulen.*

9. **Zeit der Lähmung**
   Axel Honneth, Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, über Studiengebühren, Professoren als Kleinmanager und die Apathie an den Universitäten
   Quelle: Freitag

10. **Zerreißprobe für studentischen Dachverband**
    Der studentische Dachverband fzs sieht sich nach seiner Mitgliederversammlung am letzten Wochenende, auf der ein Antrag auf Selbstauflösung mit deutlicher Mehrheit abgewendet wurde, nun mit massiven Austritten seitens kritischer Studierendenvertretungen konfrontiert.
    Quelle: Telepolis

    Anmerkung: *In einer Phase der Hochschul- und Studienreform, in der es wichtiger als je zuvor wäre, dass Studierende mit einer schlagkräftigen Organisation ihre Interessen vertreten könnten, spaltet sich offenbar der letzte verbliebene, überregionale studentische Verband.*

11. **Die Milchlüge**
    Müssen wir uns vor Chinas Milchtrinkern fürchten? Nein. China ist an vielem schuld – nicht aber an der Erhöhung der deutschen Lebensmittelpreise.
    Quelle: Tagesspiegel
12. **Chinas Boom verursacht mehr Kosten als Wohlstand**
    Die Regierung will das Ausmaß der Umweltzerstörung nun doch nicht berechnen lassen.
    Quelle: Berliner Zeitung
13. **Die Geschichte entwaffnen**
    Mit einem Schulbuch, das beide Perspektiven zeigt, wollen Lehrer aus Israel und Palästina den Konflikt entschärfen. Doch die Behörden beider Länder mauern.
    Quelle: TAZ
14. **Rüstungsabkommen Frankreichs mit Libyen enthüllt**
    Ein grosses Rüstungsabkommen mit Frankreich und die Auslieferung eines früheren libyschen Agenten aus Grossbritannien haben offenbar zur Freilassung der bulgarischen Krankenschwestern geführt. Dies geht aus Aussagen eines Sohns von Staatschef Ghadhafi hervor. Im Übrigen habe er an die Unschuld der Bulgaren geglaubt, “sie haben leider als Sündenböcke herhalten müssen.”
    Quelle: NZZ